

Leserbrief zu "Nationalpark Egge"

Als Wanderfreund bin ich gerne und oft in der Egge unterwegs.

Schon vor mehr als 30 Jahren wurde ich erstmals mit dem Thema Nationalpark in OWL konfrontiert. Ich war als MdL an der Entscheidung beteiligt, mit der sich der Landtag - ohne eine intensive Beratung - für einen Nationalpark in der Senne nach einem Ende der militärischen Nutzung ausgesprochen hat. Danach war das Thema in der Region erst einmal vom Tisch, da mit dem Ende des Übungsbetriebs in der Senne damals nicht zu rechnen war.

Als die Briten vor gut zehn Jahren ihren Abzug ankündigten, war das Thema dann wieder auf der Agenda.

Es wurde rasch klar: Die Senne ist in weiten Teilen Kulturlandschaft, also dauerhaft auf Pflege angewiesen; da man sie somit nicht sich selbst überlassen kann, ist die Senne nicht isoliert als Nationalpark geeignet.

Von den Befürwortern wurde deshalb der Teutoburger Wald mit Teilen der Egge als Ergänzung eines Nationalparks Senne ins Spiel gebracht. Das scheiterte aber an dem Widerspruch der privaten Waldbesitzer.

Seit der "Zeitenwende" nach dem Überfall Putins auf die Ukraine ist klar, dass die Senne auf Dauer als Übungsplatz gebraucht wird.

Damit war und ist das Thema "Nationalpark in OWL" eigentlich erledigt.

Völlig überraschend kamen die Befürworter dann mit dem Vorschlag, die im Eigentum des Landes stehenden Waldflächen in der Egge zum Nationalpark zu erklären. Das, was ursprünglich nur als Ergänzung der Senne gedacht war, soll jetzt also selbständig zum Nationalpark werden.

Dabei hat man die großen privaten Waldflächen außen vor gelassen. Denn die Eigentümer haben sehr deutlich gemacht, dass sie diese Flächen nicht überplanen lassen wollen.

Beim Blick auf die Gebietskulisse, die damit vorgeschlagen wird, fragt man sich, ob die Befürworter das wirklich ernst meinen und sich tatsächlich die Flächen angeschaut haben.

Was da für einen Nationalpark vorgeschlagen wird, ist ein Flickenteppich, langgezogen und von großen Straßen und Bahntrassen zerschnitten. Wenn man die Definition des Bundesnaturschutzgesetzes liest, dann passt das überhaupt nicht. Denn dort ist von "großräumig" und "weitgehend unzerschnitten" die Rede.

Die Fans des Nationalparkes lassen sich davon nicht beirren und widersprechen vehement, wenn man sagt, dass so ein Nationalpark nur funktionieren wird, wenn man in großem Umfang angrenzende Flächen einbezieht, also arrondiert.

Peter Wohlleben, den die Befürworter des Nationalparkes gerne als Kronzeugen zitieren, obwohl er noch nie in der Egge war, hat nun in einem Interview in einer Regionalzeitung deutlich gemacht, dass eine solche Ausweisung der Egge als Nationalpark gerade die Konsequenzen hat, die von den Befürwortern heftig bestritten werden.

Zitat: "Die Egge ist relativ zusammenhängend. Und dort, wo sie es heute noch nicht ist, kann man in Zukunft den Zusammenhang herstellen."

Und auf die Frage, dass die Egge von Schienen und Straßen durchkreuzt wird: "Es wäre schöner, es wäre nicht so, gar keine Frage. Ja das sind Zerschneidungslinien. ... Da wird man Grünbrücken bauen müssen." (Unterstreichungen von mir)

Also: Die Befürchtungen in der Region sind berechtigt. Das Projekt Nationalpark Egge wird schöngeredet. So, wie es aktuell propagiert wird, kann es nicht funktionieren. Die Befürworter eines Nationalparkes Egge sollten sich ehrlich machen und zugeben, dass sie letztlich auf die gesamte Egge und nicht allein auf die Flächen des Landes abzielen. Das haben sie ja auch schon damit angedeutet, dass sie in ihrem Bürgerbegehren nicht nur die Flächen des Landes sondern die im privatem Eigentum stehenden Waldflächen mit darstellen (nur leicht farblich abgestuft, damit der flüchtige Leser nicht erkennt, dass die vorgeschlagene Fläche weder "großräumig" noch "weitgehend unzerschnitten" ist).

Würde man das tun, worauf die Befürworter abzielen, und die Voraussetzungen für eine Gebietskulisse schaffen, die tatsächlich die Voraussetzungen eines Nationalparkes erfüllt, hätte das unabsehbare Konsequenzen für die Land- und Forstwirtschaft in der Region, für die Wanderfreunde, für die Standortgemeinden und vor allem auch für den Steuerzahler.

Heinz Paus